

AUSSPRACHE

Loyalität bewahrt die Einheit

Der Gedanke, die parteipolitische Neutralität der Einheitsgewerkschaft irgendwie organisatorisch zu sichern, hat offenbar ein zähes Leben. Er spukt auch in dem sonst recht einsichtsvollen Artikel „Die Einheitsgewerkschaft im Spiegel der CDU“ von *Egon Augustin* (April-Heft, Seite 214). Um klarer zu sehen, sollte man statt Neutralität immer Unabhängigkeit setzen. Hier sei einmal der § 8 Abs. 1 der DGB-Satzung angeführt: „Der Bund ist demokratisch aufgebaut. Seine Unabhängigkeit gegenüber den Regierungen, Verwaltungen, Unternehmern, Konfessionen und politischen Parteien ist jederzeit zu wahren.“ Augustin sieht ganz richtig, daß diese Unabhängigkeit oder — wie er schreibt — Neutralität durch die Gewerkschaften nicht verletzt wird, wenn sie versuchen, eine Partei für ihre Forderungen zu gewinnen. Man kann ihm auch nur zustimmen, wenn er darauf hinweist, daß die Aufspaltung der Einheitsgewerkschaften in „christliche“ und „freie“ die Gefahr für beide Gruppen heraufbeschwören würde, nunmehr selbst von den Parteien, der CDU und der SPD, als deren verlängerter Arm benutzt zu werden. Der Verfasser sieht auch ein, daß christliche Gewerkschaften in sich „mit den gleichen Problemen rechnen müßten“ wie der DGB. Er sagt nicht genau, was er damit meint, aber man kann wohl annehmen, daß er konfessionelle Schwierigkeiten im Auge hat.

Warum hat Augustin bei all dieser Einsicht ein solches Mißtrauen in die gegenseitige Loyalität der Gewerkschafter verschiedener politischer oder weltanschaulicher Auffassung im DGB, daß er in seinem Artikel „einigermaßen paritätisch besetzte Führungspositionen“ wünscht? Es deutet doch gar nichts darauf hin, daß die Gewerkschaften sich in die Abhängigkeit einer bestimmten Partei begeben möchten, ganz gleich, wie die führenden Kräfte politisch eingestellt oder organisiert sind. Es gibt im Gegenteil Beispiele dafür, sogar bis zum letzten Frankfurter Kongreß im Jahre 1954, daß die Gewerkschaften durchaus eigenwillige und unabhängige Politik machen. Sie würden ihre Werbekraft und ihr politisches Gewicht nur schwächen, wenn sie sich einer einzelnen Partei dienstbar machten. Das sieht Augustin auch, verfällt aber trotzdem in den Denkfehler, Parität für die CDU-Anhänger zu wünschen, wobei das Wort „einigermaßen“, das er abschwächend gebraucht, seine eigene Unsicherheit zeigt. In der Tat würde ein solches Zugeständnis gerade die parteipolitische Unabhängigkeit der Gewerkschaften zerstören. Es würde doch praktisch ein Vetorecht der CDU innerhalb des

DGB und der Gewerkschaften bedeuten und eine unabhängige gewerkschaftliche Politik lahmlegen. Eine solche unheilvolle Entwicklung würde den Interessen *aller* in den Gewerkschaften vereinigten Arbeitnehmer widersprechen. Sie würde zudem Unruhe und Unzufriedenheit in die Bewegung hineinbringen.

Augustin meint selbst, daß die politische Zusammensetzung der Führungsgremien in den Gewerkschaften nicht so wichtig wäre, wenn SPD und CDU sich „im politischen Raum nicht völlig auseinandergeliebt hätten“. Man kann als Gegenbeispiel den Österreichischen Gewerkschaftsbund anführen, in dem es bekanntlich sogar Fraktionen gibt, wo aber die jahrelange Koalition zwischen SPÖ und ÖVP (Sozialisten und Christen) keinen innergewerkschaftlichen Gegensatz aufkommen ließ. Der Denkfehler des Verfassers liegt darin, daß er glaubt, die mangelnde Koalitionspolitik, die doch schließlich Hand in Hand mit politischen Zugeständnissen gehen muß, durch formale Parität zwischen CDU und SPD in den Gewerkschaften ersetzen zu können. Damit würde aber entweder eine Opposition des Gewerkschaftsflügels der CDU innerhalb der Partei erzwungen, oder die Gewerkschaften würden gegenüber der Regierung neutralisiert.

Man kann doch nicht so tun, als ob Gegensätze zwischen DGB- und Regierungspolitik auf die politische Zusammensetzung der gewerkschaftlichen Führungskreise zurückzuführen wären und keine sachlichen Ursachen hätten. Die Abstimmungen im Bundestag beim Betriebsverfassungsgesetz oder bei der Selbstverwaltung in der Sozialversicherung — um nur zwei Beispiele zu nennen — haben etwas anderes gezeigt.

Erfreulicherweise gibt es heute Anzeichen dafür, daß sich — z. B. bei der Rentenreform — die Standpunkte von Regierung und Opposition stark annähern. Dadurch werden auch die Spannungen im gewerkschaftlichen Bereich auf diesem Teilgebiet entschärft. Es mag in anderen Fragen neue Gegensätze geben. Man sollte sie als Gewerkschafter, ganz gleich welcher politischen Herkunft, sachlich austragen, im gegenseitigen Vertrauen darauf, daß jedes Gewerkschaftsmitglied das Beste für die Sache der Gewerkschaften will. Vertrauen und unbedingte Offenheit statt Heimlichtuerei sind bessere Grundlagen der gewerkschaftlichen Einheit als das Aushandeln von Führungspositionen. Ist diese gegenseitige Loyalität vorhanden, wird sie auch bei Gewerkschaftswahlen parteipolitisches Denken zurückdrängen. Ganz undenkbar scheint mir die Einrichtung von paritätischen Kontrollorganen für die Gewerkschaftspolitik. Das würde tatsächlich, wie in der „Quelle“ von *August Enderle* (Heft 2/1956) dargestellt, das Ende der Demokratie in den Gewerkschaften bedeuten.

Kurt Brumlop